



Wirtschaftspolitik

Aiwanger: "Für eine gute zahnärztliche Abdeckung muss die Selbstständigkeit attraktiv bleiben"

12. Juni 2024

MÜNCHEN Aufgrund der zunehmend schwierigeren Bedingungen für Zahnärzte und zahnmedizinisches Fachpersonal versammelten sich mehrere hundert Betroffene zu einer Kundgebung der Bayerischen Landeszahnärztekammer (BLZK) auf dem Marienplatz. Das Motto der Veranstaltung lautete: "Schluss mit Lücken, Herr Lauterbach! Zahnmedizin braucht Zukunft!". Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger bekundete sein Verständnis und ermutigte die Anwesenden: "Die Zahnärzte stehen unter zunehmendem Druck, die Rahmenbedingungen müssen dringend verbessert werden! Wir dürfen nicht immer mehr Praxen verlieren, wir brauchen bessere Perspektiven auch für junge Zahnärzte. Unsere Bevölkerung hat ein Recht auf beste Versorgung, und die ist in Gefahr! Gerade in den strukturschwachen Regionen gehen in den kommenden Jahren viele Zahnärzte in Rente, ohne dass ein Nachfolger zur Verfügung steht. Deshalb müssen wir die Rahmenbedingungen so setzen, dass eine selbstständige Tätigkeit als Zahnarzt attraktiv bleibt. Wir müssen die Freiberuflichkeit der Zahnärzte schützen, investorengestützte Medizinische Versorgungszentren dürfen das Gesundheitswesen nicht übernehmen."

Die medizinische Versorgung in Bayern befindet sich derzeit noch auf internationalem Spitzenniveau. Bis 2028 gehen etwa 25 Prozent der niedergelassenen Zahnärzte in Bayern in den Ruhestand. Zudem nimmt aufgrund der aktuellen Rahmenbedingungen die Bereitschaft zur Niederlassung ab. Hinzu kommen Fachkräfte- und Personalmangel. Das führt zu Praxissterben und damit zu Versorgungsproblemen.

Aiwanger appellierte daher an den Bund: "Wir brauchen eine Gesundheitspolitik im Sinne der Bevölkerung! Hier sind Menschen, die an dem Rand ihrer Fähigkeiten arbeiten - für die Gesundheit ihrer Patienten. Wenn alles teurer und die Leistungen besser werden, dann muss das auch entsprechend honoriert werden. Budgetierung ist nicht leistungsgerecht. Ein wesentlicher Faktor ist auch die längst überfällige Anpassung des GOZ-Punktwerts, der aus dem letzten Jahrtausend

ist. Er ist nicht mehr in der Lage, die gesundheitspolitischen Herausforderungen dieser Zeit zu erfüllen. Der Punktwert muss deshalb massiv nach oben gedreht werden." Aiwanger sprach sich auch für eine Erleichterung des Praxisalltags durch Abbau der Bürokratie aus.

Der GOZ-Punktwert dient als Basis für die Berechnung der Gebühren, die Zahnärzte für ihre Leistungen in Rechnung stellen können. Seit 1988 liegt der Wert bei 11 Pfennig, also 5,62421 Cent.

Ansprechpartnerin:
Franziska Meinel
Stellv. Pressesprecherin

Pressemitteilung-Nr. 231/24



Aiwanger spricht auf Kundgebung. Foto: StMWI/ F. Meinel



Aiwanger zeigt Verständnis. Foto:StMWI/F. Meini



Rote Karte aus Bayern. Foto:StMWI/ F. Meini